

Die Mitglieder der eidgenössischen Räte treffen sich ab heute in Bern zur Wintersession. Diese dauert bis zum 14. Dezember. Die Solothurner Parlamentarier erklären hier, wie sie sich zu drei konkreten Themen stellen.

BEARBEITUNG: UMS.

Bundesratswahl als Höhepunkt

Wintersession So positionieren sich die Solothurner National- und Ständeräte

Karin Keller-Sutter und Hans Wicki wollen für die FDP in den Bundesrat, Viola Amherd und Heidi Z'graggen für die CVP. Oder doch ein Sprengkandidat? Wen wählen Sie am 5. Dezember?

Die vorberatende Nationalratskommission will die tiefste Krankenkassenfranchise von 300 auf 500 Franken erhöhen. Ist die zusätzliche Belastung für die Versicherten vertretbar?

Der Bundesrat will den Beitritt zum UNO-Migrationspakt im Parlament diskutieren lassen. Sind Sie dafür, dass das Parlament entscheiden soll – unterstützen Sie den Pakt?»

Den Anspruch der beiden Parteien für die vakanten Bundesratssitze anerkenne ich. Individuelle Persönlichkeiten wähle ich. Jetzt werde ich mit allen Kandidierenden Gespräche führen. Einige kenne ich bereits gut, andere weniger. Im Moment sind für mich die vier «Offiziellen» prinzipiell wählbar. Doch Bundesratswahlen sind nie vor Überraschungen gefeit. Sollte es unerwartete Neuigkeiten geben, wird alles offen, auch eine Sprengkandidatur. Doch nun gilt «step by step», «Countdown» ist der 5.12.!

Nein. Schon heute wählen vor allem Menschen mit langwierigen Krankheiten, mit Behinderungen oder auch ältere Personen die tiefste Franchise. Aber auch all jene, die sich im Krankheitsfall eine höheren «Selbstbehalt» schlichtweg nicht leisten können, sind auf eine tiefe Franchise angewiesen. Jetzt generell all diese Menschen noch mehr zu belasten, wäre nicht verantwortbar. Statt einer «Stellvertreterdebatte» gilt, unsere qualitativ ausgezeichnete Gesundheitsversorgung gerechter zu finanzieren.

Als Schweiz sind wir stolz auf unsere humanitäre Tradition. Solidarität ist einer Mehrheit ein wichtiger Wert. Die Aufnahme von Notleidenden und Verfolgten leben wir seit Generationen. Wenn viele Länder eine «Absichtserklärung» unterschreiben, die einen gemeinsamen Standard in der Migration festlegt, ist dies im Interesse von uns allen. «Kei Luscht», meint der Bundesrat, schiebt seine Verantwortung und definierte Kompetenz auf das Parlament – eine unnötige Plattform für «grusige Polemiker».

Philipp Hadorn
Nationalrat
SP

